

Euro in der Krise

Höhere Löhne in Deutschland und Österreich helfen dem Euro

Die Staatschuldenkrise ist Folge einer Krise der makroökonomischen Ungleichgewichte im Euroraum. Um diese zu beheben braucht es Anpassungen bei den Überschuss- genauso wie bei den Defizitländern. Kurz: höhere Löhne in Deutschland und Österreich!

Engelbert Stockhammer

Der Euro ist in der Krise. In den Schlagzeilen scheinen vor allem die Budgetprobleme Griechenlands als Hauptursache auf. Deutschland und die Europäische Kommission fordern daher eine Verschärfung der Überwachung der Fiskalpolitik in den Mitgliedsstaaten. Aber dies zeugt von oberflächlichem Verständnis der makroökonomischen Zusammenhänge. Die Staatsschuldenkrise (sovereign debt crises) ist Folge und Ausdruck der Krise. Die zugrundeliegenden Ursachen sind makroökonomische Ungleichgewichte im Euroraum. Um diese zu beheben braucht es Anpassungen bei den Überschuss- genauso wie bei den Defizitländern. Nur wenn in den Überschussländern die Inflation steigt, können die Defizitländer ihre Leistungsbilanzen ohne „Große Depression“ ausgleichen. Kurz, was der Euro braucht, sind höhere Löhne in Deutschland und Österreich!

Zuerst zur Frage, ob die Budgetdefizite die Krise erklären können. Neben Griechenland benötigten Irland und Portugal Kredite vom europäischen Rettungsfonds (EFSF), und Italien und Spanien sind unter Druck. Von diesen Ländern hatte einzig Griechenland vor der Krise (2007) hohe Budgetdefizite (über 5% des BIP). Portugal und Italien hatten bescheidene Budgetdefizite (weniger als 3%) und Irland und Spanien hatten sogar Budgetüberschüsse. Der griechische Fall ist also die Ausnahme und nicht die Regel unter den Euro-Ländern, die jetzt in der Bredouille sind. Aber was, wenn nicht die Staatsdefizite, trieb dann diese Län-

der in die Krise? Die Antwort – am klarsten im Fall Spaniens und Irlands – ist: private Schulden. Rasant anwachsende Haushaltsverschuldung verursachten hier die Probleme. In der Krise musste dann der Staat einspringen und die Schulden übernehmen bzw. die (privaten) Banken retten. Die Daten für den gesamten Euro-Raum zeigen dieselbe Tendenz: Während die staatliche Schul-

Während die staatliche Schuldenquote seit Einführung des Euro leicht rückläufig war, ist die private Verschuldung deutlich angestiegen.

denquote seit Einführung des Euro leicht rückläufig war, ist die private Verschuldung (und hier vor allem die Schulden des Haushaltssektors und des Finanzsektors) deutlich angestiegen. Die Krise ist ursächlich eine Krise der *privaten* Verschuldung. Die Staatsverschuldung ist Ausdruck der Krise, nicht deren Ursache.

Was hat das nun mit den deutschen und österreichischen Löhnen zu tun? Eine fundamentale Gleichung in der Makroökonomie besagt, dass der Leistungsbilanzüberschuss eines Landes gleich dem privaten Sparen und dem öffentlichen Sparen sein muss. Im Fall eines Leistungsbilanzdefizits heißt das, dass entweder die private oder die öffentliche Verschuldung steigen muss. Wovon hängen die Leistungsbilanzpositionen ab? Von

der Wettbewerbsfähigkeit des Landes und von der relativen Wachstumsperformance. Der Euro-Raum insgesamt hat eine nahezu ausgeglichene Leistungsbilanz, innerhalb des Euro-Raums gibt es jedoch gewaltige Ungleichgewichte: während Deutschland vor der Krise rund 7% Überschuss hatte, hatten jene Länder, die jetzt in der Krise sind, große Defizite. Österreich hatte wie Deutschland kräftige Überschüsse. Mehr als die Hälfte der deutschen und österreichischen Überschüsse sind auf intra-Euro Handel zurückzuführen, d.h. der Großteil der deutschen Überschüsse sind spanische, griechische, etc Defizite.

Die deutschen Exportüberschüsse destabilisieren den Euro-Raum

■ Dass Deutschland Exportweltmeister ist, mag auf den ersten Blick gut klingen. Die deutschen Exportüberschüsse destabilisieren jedoch den Euro-Raum, da die entsprechenden Defizite woanders im Euro-Raum ja bedeuten, dass dort die Verschuldung steigen muss. Das exportgetriebene Wachstumsmodell führt in einer Währungsunion unweigerlich zu systemischen Problemen.

Ein wesentlicher Teil des deutschen und österreichischen Exporterfolgs ist auf die ausgesprochen zurückhaltende Lohnpolitik zurückzuführen. In Deutschland gab es im Jahrzehnt vor der Krise eine Stagnation der Reallohne, in Österreich einen kräftigen Rückgang der Lohnquote. Als Folge war die Inflation deutlich unter dem EU-Durchschnitt. In den mediterranen Ländern stiegen die Löhne kräftiger. Und es stiegen dort auch die Preise stärker an. Dies ist nur zum Teil auf die Lohnpolitik zurückzuführen. Die Länder erlebten auch eine Immobilienblase, die die Preise in die Höhe trieb. Die Lohnstückkosten (ein Maß für die Wettbewerbs- ➤

»

fähigkeit) sind in den mediterranen Ländern (und Irland) seit der Euro-Einführung um rund 30% mehr gewachsen. Das heißt, Deutschland hat real um fast 30% abgewertet.

Wie können die Ungleichgewichte innerhalb der Eurozone abgebaut werden? Grundsätzlich gibt es zwei Möglichkeiten: entweder die Defizitländer reduzieren ihr Wachstum und ihre Löhne und Preise oder die Überschussländer erhöhen Wachstum und Löhne. Die erste, deflationäre Strategie ist jene die in der „Großen Depression“ in den 1930er Jahre praktiziert wurde und auch heute den mediterranen Ländern auferlegt wird: Massenarbeitslosigkeit, Deflation, Schrumpfen der Wirtschaft. Das ist ein masochistischer Anpassungsprozess, der – wie das griechische Beispiel zeigt – die Schuldenlast nicht wirklich reduzieren kann, da das Einkommen sinkt und die reale Schuldenlast steigt. Darüber hinaus hat diese Strategie negative Effekte auf die Handelspartner, da die Nachfrage in diesen Ländern sinkt. Die zweite Möglichkeit wäre, dass die Überschussländer eine inflationäre Politik betreiben: dies würde mehr Wirtschaftswachstum und vor allem höheres Lohnwachstum bedeuten. Dies würde den Defizitländern die Anpassung vereinfachen, da sie deren Export erleichtert. Insgesamt ist es eine expansive Strategie, die auf Wirtschaftsankurbelung statt auf Schrumpfung beruht.

Entweder mehr Wachstum in den Überschussländern oder eine Depression in den Defizitländern ■ Die Größenordnung der Anpassung ist wie die der Ungleichgewicht enorm: Um zu den relativen Lohnstückkosten von 1999, dem Jahr der Euro-Einführung zurückzukehren würde Deutschland (und Österreich) für ein ganzes Jahrzehnt ein Lohnwachstum von 2-3% über jenem der mediterranen Länder benötigen. Das geht nur bei deutlich kräftigerem Lohnwachstum. Bei dem schwachen Lohnwachstum Deutschlands im letz-

ten Jahrzehnt wäre die Anpassung nur durch Deflation in den Defizitländern möglich. Ein Jahrzehnt Deflation bedeutet eine neue „Große Depression“. Dies wäre mit enormen sozialen Kosten verbunden und würde die breite Unterstützung für das Projekt der europäischen Integration untergraben. Der Lohnpolitik kommt daher eine zentrale Rolle bei der Behebung der Ungleichgewichte zu, auch wenn Politik und Sozialpartner diese noch nicht ausreichend wahrnehmen. Die Lohnpolitik wird die Anpassung nicht alleine leisten können, die wirtschaftspolitischen Strukturen im Euro-Raum müssen grundsätzlich

Die deflationäre Strategie die in der „Großen Depression“ in den 1930er Jahre praktiziert wurde und auch heute den mediterranen Ländern auferlegt wird: Massenarbeitslosigkeit, Deflation, Schrumpfen der Wirtschaft.

überdacht werden. Aber welche Reformen da auch anstehen, klar ist der Euro braucht höheres Lohnwachstum in den Überschussländern, also auch in Österreich!

Engelbert Stockhammer ■ Kingston
University London, UK
e.stockhammer@kingston.ac.uk

Heftpräsentation

Transnationale Konzerne und Menschenrechte

Molly McGrath (ITF, London)

über die Gewerkschaftskampagne bei UPS Turkey

Miriam Saage (ECCHR, Berlin)

über rechtliche Instrumente gegen Kinderarbeit in der Baumwollproduktion

Karin Lukas (Boltzmann Inst. für Menschenrechte, Wien)

über Menschenrechtsschutz durch Instrumente der Handelspolitik

+ Kurzfilm: „Der Preis für unser Gemüse“

Migration, Ausbeutung und Landwirtschaft in Almeria

Gespräch mit Gudrun Glocker

Dienstag, 13. Dezember 2011, 18 Uhr

AK Bibliothek, Prinz-Eugen-Straße 20-22



juridikum
zeitschrift für kritik | recht | gesellschaft

EU-Infobrief: Europa und Internationales in kritischer und sozialer Perspektive – kostenlos beziehen



Bestellen!

Unter <http://wien.arbeiterkammer.at/infobrief-bestellen> können Sie den EU-Infobrief kostenlos bestellen.

Der EU-Infobrief erscheint 5x jährlich im digitalen Format und liefert eine kritische Analyse der Entwicklungen auf europäischer und internationaler Ebene. Die Zeitschrift der Abteilung EU & Internationales der AK-Wien fokussiert dabei Themen an der Schnittstelle von Politik, Recht und Ökonomie. Anspruch ist nicht nur die Prozesse in den europäischen Institutionen zu beschreiben, sondern auch Alternativen zur Hegemonie des Neoliberalismus zu entwickeln. Kurze Artikel informieren in prägnanter Form über aktuelle Themen. Langbeiträge geben den Raum für grundlegende Analysen, Buchbesprechungen bieten eine kritische Übersicht einschlägiger Publikationen.

